

Deutschlands Problemzonen

Regionalentwicklung. Die Politik will deutschlandweit „gleichwertige Lebensverhältnisse“ sicherstellen. In der Realität aber steht es in 19 der 96 Regionen schlecht um deren Zukunftsfähigkeit. Zur Lösung der Probleme könnten unter anderem Schuldenerlasse beitragen. Vor allem aber braucht es eine exzellente Infrastruktur, sagt Jens Südekum von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Bildungsmonitor 2019

Zum zweiten Mal in Folge haben sich die Bildungssysteme der Bundesländer verschlechtert. Im Ranking stehen Sachsen und Bayern am besten da.

—> [Seiten 6-7](#)

Italien

Das Land leidet unter niedrigen Wachstumsraten und hohen Schulden. Für eine Kehrtwende müsste die Regierung in Rom eine lange Aufgabenliste abarbeiten.

—> [Seiten 8-9](#)

Handlungsbedarf in Ost wie West

Regionaleentwicklung. Von den 96 deutschen Raumordnungsregionen sind 19 in ihrer Entwicklung besonders gefährdet. Denn dort steht es in den Bereichen Wirtschaft, Demografie und/oder Infrastruktur schlecht um die Zukunftsfähigkeit. So lautet ein zentrales Ergebnis der umfassenden Regionalstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Kooperation mit Wissenschaftlern von vier deutschen Hochschulen.

Anfang Juli präsentierten Innenminister Horst Seehofer, Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner und Familienministerin Franziska Giffey in Berlin ihre Pläne, wie überall in Deutschland „gleichwertige Lebensverhältnisse“ erreicht werden können. Was man in dem 164-seitigen Dokument vergeblich sucht, sind die Namen jener Regionen, deren Perspektiven besonders schlecht sind.

Diese Lücke schließt die IW-Studie: Sie analysiert die 96 Raumordnungsregionen. Der Vorteil dieser Einteilung gegenüber der Betrachtung von Städten und Landkreisen ist, dass die Abgrenzung wirtschaftliche Verflechtungen und Nachbarschaftseffekte berücksichtigt.

In drei Kategorien mit je vier Indikatoren haben die Wissenschaftler die Regionen bewertet:

Die wirtschaftlichen Indikatoren berücksichtigen beispielsweise die Arbeitslosenquote oder die Überschuldung privater Haushalte.

Die demografischen Indikatoren erfassen unter anderem die Entwicklung der Einwohnerzahl und das Durchschnittsalter der Bevölkerung.

Die Infrastrukturindikatoren weisen auf die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand hin, liefern mit Blick auf die Breitbandausstattung aber auch Indizien für die Modernität und Innovationsfähigkeit einer Region. Die Immobilienpreise zählen

ebenfalls in diese Kategorie, da sie die Attraktivität eines Standorts widerspiegeln.

Bei den wirtschaftlichen Indikatoren zeigt sich, dass die Regionaleentwicklung weder ein rein ostdeutsches Problem noch eines von abgelegenen ländlichen Regionen ist:

Mit Duisburg/Essen, Emscher-Lippe und Bremerhaven stehen drei städtisch geprägte westdeutsche Regionen ganz am Ende des Wirtschaftsrankings.

Erst auf dem viertletzten Platz folgt – zusammen mit Dortmund – mit der Altmark eine ostdeutsche Region.

Für die Bewertung wurden die Daten von 2011 mit denen der Jahre 2015, 2016 oder 2017 verglichen – je nach Verfügbarkeit. Und auch wenn die Ausgangsniveaus 2011 im Osten teilweise sehr niedrig waren, konnten dort viele Regionen im Vergleich überproportional zulegen. Gerade in Sachsen und Thüringen sind die Arbeitslosenzahlen deutlich gesunken und die Löhne teilweise überdurchschnittlich stark gestiegen.

Wesentlich schlechter schneiden die ostdeutschen Regionen dagegen beim Thema Demografie ab:

In den Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Lausitz-Spreewald, Oberlausitz-Niederschlesien sowie Ostthüringen und Südthüringen ist das Durchschnittsalter

besonders hoch und steigt zudem schneller als andernorts.

Die westdeutschen Regionen stehen im demografischen Vergleich besser da: Von den zehn am stärksten demografisch herausgeforderten Gebieten liegt mit Schleswig-Holstein Süd-West nur ein einziges in den alten Bundesländern.

Hinsichtlich der Infrastruktur gibt es Probleme sowohl im Westen als auch im Osten – allerdings mit unterschiedlichen Ausprägungen:

Die drei westdeutschen Regionen Emscher-Lippe, Trier und Westpfalz fallen jeweils durch sehr hohe Verschuldungsquoten auf.

Gegenden wie die Altmark, Magdeburg und Halle (Saale) im Osten hinken dagegen eher in Bezug auf die Verfügbarkeit von Breitbandinternet hinterher.

In der Summe der drei Bereiche Wirtschaft, Demografie und Infrastruktur sind es am Ende 19 der 96 Raumordnungsregionen, die laut IW in der Entwicklung besonders gefährdet sind (Grafik):

In elf Regionen in den neuen Bundesländern, vier Regionen in Nordrhein-Westfalen entlang der Ruhr sowie in Bremerhaven, dem Saarland, Schleswig-Holstein Ost und in der Westpfalz kommen besonders viele unterschiedliche oder gravierende Probleme in einem Bereich zusammen.

Demnach gibt es keine einheitliche Gruppe von Regionen, in denen dringend gehandelt werden muss – die bloße Unterscheidung zwischen Stadt und Land oder Ost und West würde zu kurz greifen. Und weil sowohl die Regionen als auch die Probleme so unterschiedlich sind, gibt es kein Patentrezept, mit dem alle 19 Gebiete zukunftsfähig gemacht werden können (siehe Interview Seite 4). Vielmehr betonen die Studienautoren, dass die Kommunen vor allem befähigt werden müssen, sich selbst zu helfen. Die Wissenschaftler machen deshalb vier Vorschläge für die Regionalpolitik:

1. Schuldenerlasse: Hohe Schulden versperren den Weg zu Investitionen und schränken die Handlungsfähigkeit massiv ein. Die Politik muss daher über Schuldenerlasse auf kommunaler Ebene nachdenken, wobei die Anreizwir-

kung gegenüber jenen, die bislang sparsam gewirtschaftet haben, nicht außer Acht gelassen werden darf.

2. Bürgerschaftliches Engagement: Die Erfahrungen in vielen schrumpfenden Gemeinden zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement die Lage vor Ort erheblich verbessern kann. Doch dafür braucht es eine offene, flexible kommunale Verwaltung – Ehrenamtler dürfen keine Angst vor zu viel Bürokratie oder rechtlichen Fallstricken haben.

3. Bildungsangebote: Viele junge Menschen zieht es in die Großstädte, weil sie nur dort studieren können. Als Gegenmaßnahme müssen gefährdete Regionen attraktive Bildungsangebote schaffen – am besten eng verzahnt mit der Wirtschaft, die oft händeringend Fachkräfte sucht. Selbstverständlich kann der Staat nicht flächendeckend in neue Hochschulen investieren, aber

in einigen Regionen könnte das Angebot erweitert werden.

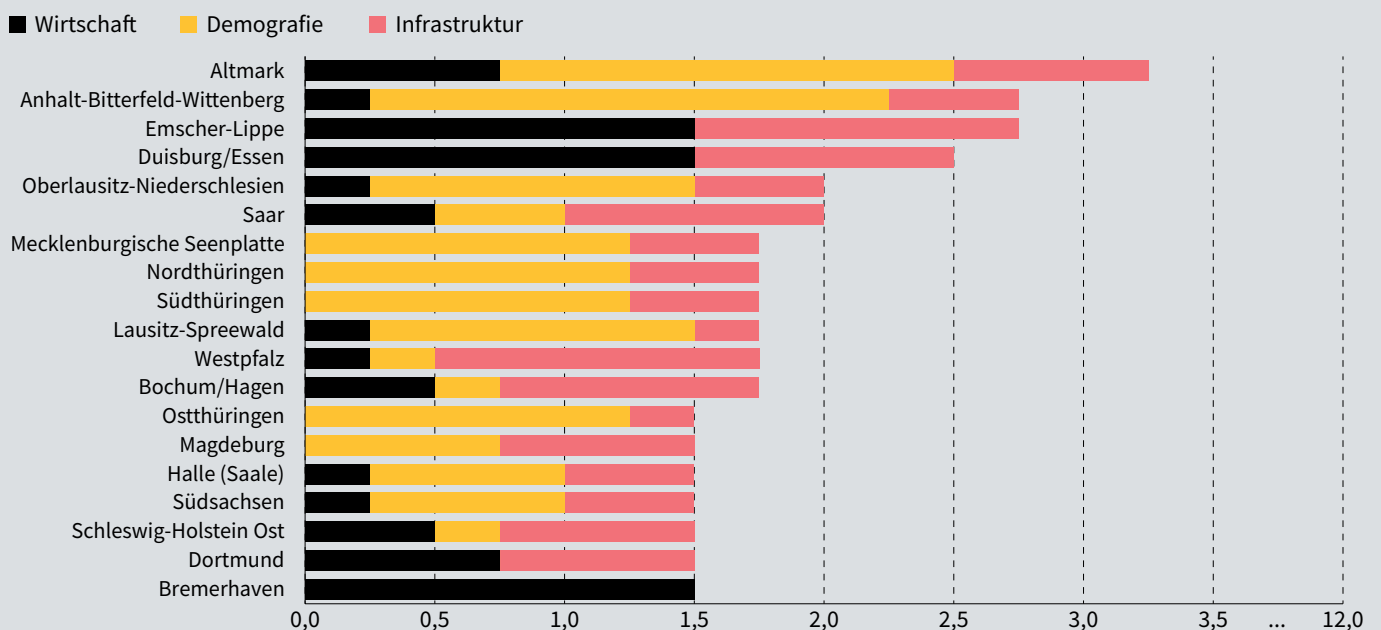
4. Netzausbau: Durch ein besseres Schienennetz könnten mehr Gemeinden an die Metropolen angebunden werden, was diese Kommunen attraktiver macht und die Großstädte entlastet. Darüber hinaus ist der Breitbandausbau entscheidend – nicht nur für Unternehmen, sondern zunehmend auch für private Haushalte ist er ein zentraler Standortfaktor.

IW-Studie

Michael Hüther, Jens Südekum, Michael Voigtländer (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen in Deutschland – Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit
iwkoeln.de/regionen
 Als externe Wissenschaftler an der Studie beteiligt waren Peter Dehne (Hochschule Neubrandenburg), Rolf G. Heinze (Ruhr-Universität Bochum), Jens Südekum (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Wolfgang Kahl und Jacqueline Lorenzen (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg).

Die Regionen mit den größten Problemen

Die Analyse der 96 deutschen Raumordnungsregionen nutzt für die drei Bereiche Wirtschaft, Demografie und Infrastruktur je vier Indikatoren. Das Ranking bewertet die jeweilige Ausgangssituation sowie die Entwicklung des entsprechenden Indikators anhand von zwei Kennzahlen (Durchschnitt und Relation zum Trend). Weist eine Region bei allen drei Kriterien eine stark nachteilige Positionierung oder Entwicklung auf, wurde der Wert 1 vergeben. 0,5 Punkte gab es, wenn nur zwei Kriterien erfüllt wurden, und 0,25 bei lediglich einem erfüllten Kriterium. Dieses Verfahren wurde auf alle zwölf Indikatoren angewandt. Die Abbildung stellt die jeweils addierten Punkte für alle drei Bereiche dar.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Interview. **Jens Südekum** ist Professor für Internationale Volkswirtschaftslehre am Düssel-dorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) der Heinrich-Heine-Universität. Zusammen mit dem IW hat er die rund 300 Seiten starke Studie „Die Zukunft der Regionen in Deutschland“ herausgegeben. Der iwd sprach mit ihm über zentrale Befunde der Studie und Ableitungen für die Politik.



Foto: IW

„Wir brauchen flächendeckend eine exzellente Infrastruktur“

Deutschlands Wirtschaft lebt vom Mittelstand, also von vielen Hidden Champions, die in ihrer Nische Weltmarktführer sind. Ist dieses Geschäftsmodell in Gefahr?

Zumindest kommt es aus zwei Richtungen unter Druck: erstens international durch die USA und China. Denn auch, wenn sich die Wirtschaft dort bislang eher mit anderen Themen wie künstlicher Intelligenz beschäftigt hat, drängt sie jetzt auch in den sogenannten B2B-Bereich, konzentriert sich also nicht länger auf die Zielgruppe der Konsumenten, sondern entdeckt andere Unternehmen als Kunden. Und hier liegt ja bislang klar der deutsche Fokus.

Zweitens gibt es national gewichtige Kräfte, die der Wirtschaft im ländlichen Raum zusetzen. Vor allem die Digitalisierung begünstigt Jobs in Dienstleistungsberufen, die sowohl ihre Kunden als auch ihre Arbeitskräfte hauptsächlich in den Städten finden. Im Gegenzug fallen manuelle, klassische Industrietätigkeiten weg. Menschen werden also weiterhin in die Städte ziehen; auf dem Land fehlen dann noch mehr Fachkräfte und die demografischen Probleme dort verstärken sich.

Dann wäre die Digitalisierung trotz Homeoffice und ähnlichen Arbeitsformen also doch kein Segen für ländliche Regionen?

Was ich gerade beschrieben habe, muss nicht Realität werden. Es ist ein pessimistisches Szenario. Homeoffice kann natürlich dabei helfen, dass das Landleben an Attraktivität gewinnt. Wir registrieren ja schon, dass Familien zumindest aus den Innenstädten der Metro-

polen wegziehen, weil es ihnen zu teuer, zu laut und zu beengt ist.

Auch das „Re-Shoring“ bietet Chancen für den ländlichen Raum: Wenn Roboter vollautomatisch Schuhe fertigen, dann können sie das für den deutschen und europäischen Markt statt in Vietnam auch in der bayerischen Provinz tun – zusammen mit wenigen Experten für Steuerung und Wartung der Maschinen oder Roboter.

Die Politik hat maßgeblich Einfluss darauf, welches Szenario Realität wird. Doch eines ist klar: Für das optimistische Szenario brauchen wir deutschlandweit eine exzellente Infrastruktur.

Haben Sie mit Blick auf die Studienergebnisse ein Patentrezept für die Regierung, wie sie schnellstmöglich clevere Regionalpolitik betreiben kann?

Ein Patentrezept ist immer schwierig. Aber es ist sehr gut, dass die Regionalpolitik ganz oben auf der Agenda in Berlin steht – mit der Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse beispielsweise und mit einem Aktionsplan von gleich drei Ministerien.

Der Politik muss immer klar sein: Regionalpolitik gibt es nicht umsonst. Aber makroökonomisch betrachtet ist jetzt dank der niedrigen Zinsen der bestmögliche Zeitpunkt für entsprechende Investitionen.



Das vollständige Interview mit weiteren Aspekten – beispielsweise zum großen Investitionsstau in den Kommunen oder zur Bewertung der bisherigen Regionalpolitik im Ruhrgebiet – finden Sie unter [iwd.de/interview-regionalstudie](https://www.iwd.de/interview-regionalstudie).

Um Zuwanderer werben

Regionale Entwicklung. Derzeit verstärkt die Zuwanderung bestehende regionale Ungleichheiten. Deshalb müssen wirtschafts- und demografischschwache Kommunen besonders intensiv um ausländische Fachkräfte werben.

Wenn Menschen aus dem Ausland für längere Zeit nach Deutschland kommen, kann dies den demografischen Wandel in besonders betroffenen Regionen bremsen oder die Bevölkerungsentwicklung zumindest stabilisieren. Finden die Zuwanderer dann auch noch einen Job, stärkt das die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort.

So weit die Theorie. In der Praxis allerdings bevorzugen Zuwanderer vor allem größere Städte und wirtschaftlich erfolgreiche Regionen in Süddeutschland. In die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Gebiete in Ostdeutschland und in Nordbayern kommen dagegen nur wenige Ausländer. Obwohl Zuwanderer unterm Strich

einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand in Deutschland leisten, profitieren also nicht alle Regionen gleichermaßen – im Gegenteil:

Derzeit verstärkt Zuwanderung die regionalen Divergenzen tendenziell sogar noch weiter.

Wollen auch die demografischschwachen Regionen von ausländischen Zuzüglern profitieren, sollten sie vor allem hochqualifizierte Personen aus dem Ausland ansprechen. Solche Experten tragen bereits heute maßgeblich zur Fachkräftesicherung im Land bei (Grafik):

Jeder vierte Akademiker in Deutschland im Alter zwischen 25 und 44 Jahren stammte 2017 aus dem Ausland – 2007 war es erst knapp jeder sechste.

Da die Zahl der wanderungsbereiten hochqualifizierten Fachkräfte international begrenzt ist, sollte auch die Hochschulausbildung gezielt als Instrument zur Gewinnung von ausländischen Fachkräften eingesetzt werden. So hatten im Wintersemester 2017/2018 bereits rund

75.000 junge Menschen aus dem Ausland ein Studium in Deutschland aufgenommen.

Allerdings landen diese Studenten zunächst meist in größeren Unistädten, sodass sich die ländlichen Regionen mit wirtschaftlichen oder demografischen Problemen aktiv um diese angehenden Akademiker bemühen müssen. Unternehmen in solchen Regionen können zum Beispiel gezielte Praktikumsangebote machen, sodass Studenten aus dem Ausland eine ihnen unbekannte Ecke Deutschlands bereits während des Studiums kennen- und schätzen lernen. Zudem sollten Problemregionen ein entsprechendes Marketing und Informationsangebote für zuwanderungsinteressierte Fachkräfte entwickeln.

IW-Report 25/2019

Wido Geis-Thöne: Regionale Verteilung der Zuwanderung
iwkoeln.de/regionale_zuwanderung

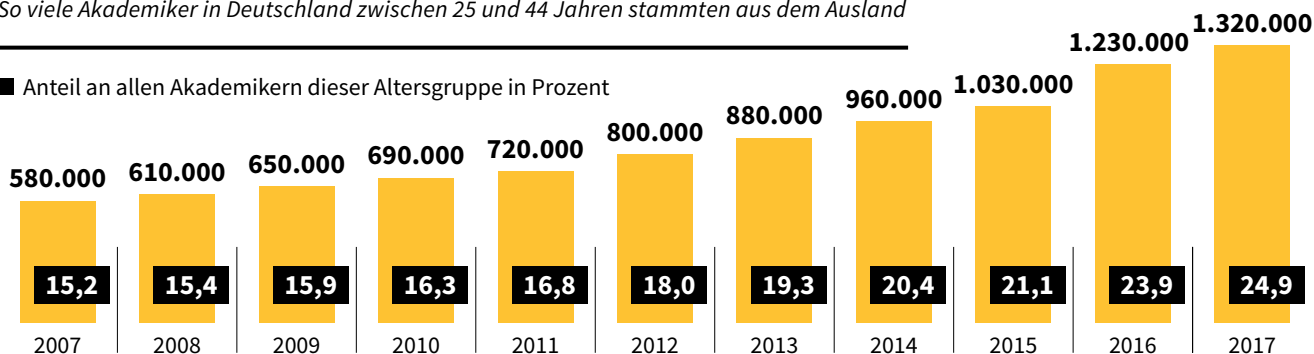
IW-Kurzbericht 53/2019

Wido Geis-Thöne: Immer mehr Hochqualifizierte stammen aus dem Ausland
iwkoeln.de/hochqualifizierte

Hochqualifizierte: Jeder vierte hat ausländische Wurzeln

So viele Akademiker in Deutschland zwischen 25 und 44 Jahren stammten aus dem Ausland

■ Anteil an allen Akademikern dieser Altersgruppe in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2019 IW Medien / iwd

Mehr Rückschritte als Fortschritte

Bildungsmonitor 2019. Wie gut die Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer aufgestellt sind, untersucht das Institut der deutschen Wirtschaft seit 16 Jahren. 14 Jahre lang verbesserten sich die Bedingungen in Kitas, Schulen und Hochschulen, nun gibt es zum zweiten Mal in Folge mehr Rückschritte als Fortschritte.

Der Bildungsmonitor, den das Institut der deutschen Wirtschaft regelmäßig für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt, weist in diesem Jahr noch mehr Rückschritte auf als 2018. Vor einem Jahr hatte das IW erstmals seit 2004 eine generelle Verschlechterung der Bildungssysteme der Länder festgestellt. Besonders gravierend ist der Trend im Bereich der Integration – 2017 brachen 18 Prozent der ausländischen Schüler in Deutschland die Schule ab, ein Jahr zuvor waren es rund 14 Prozent.

Auch im Vergleich zum Bildungsmonitor 2013, bei dem erstmals die aktuelle Methodik und Indikatoren ausgewählt wurden, zeigen sich insgesamt nur noch sehr geringe Fortschritte. Innerhalb von sechs Jahren hat es vor allem Verschlechterungen bei der Schulqualität (minus 13,5 Punkte), bei der Integration (minus 10,3 Punkte) und bei der Reduzierung der Bildungsarmut (minus 6,2 Punkte) gegeben. Am meisten verbessert haben sich die Handlungsfelder Internationalisie-

rung (plus 18,4 Punkte), Förderinfrastruktur (plus 17,1 Punkte) und Betreuungsbedingungen (plus 11,6 Punkte).

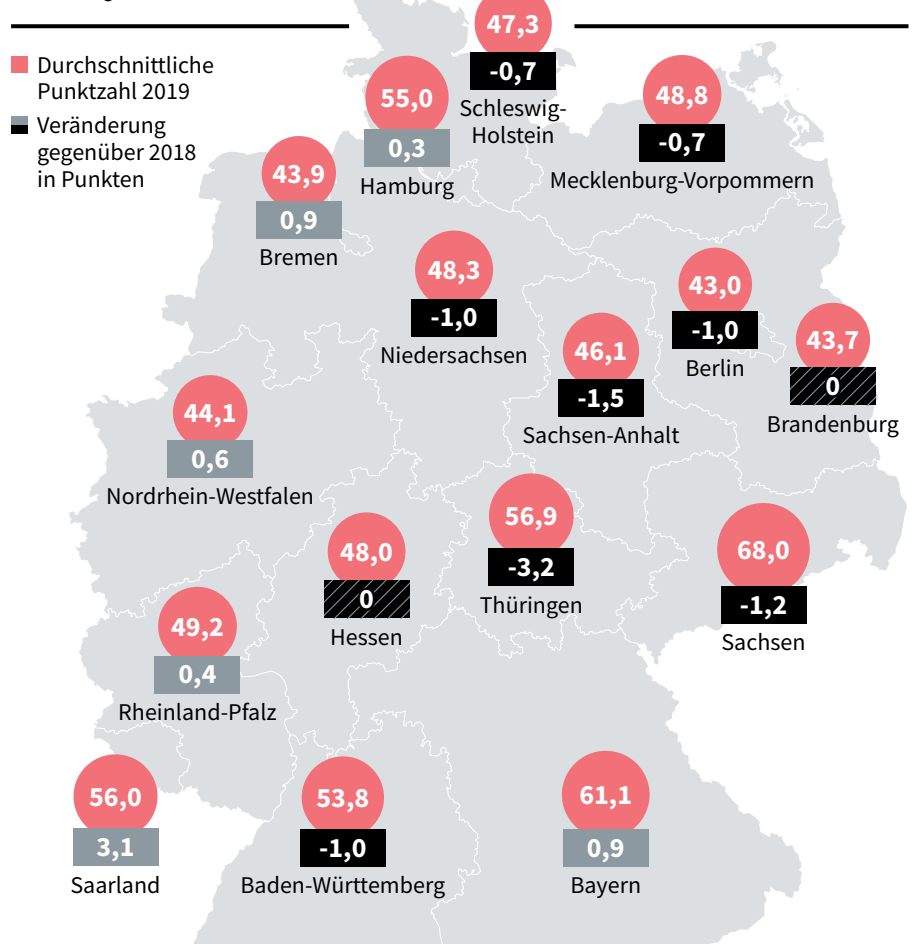
Wie aber haben die einzelnen Bundesländer abgeschnitten? Auf den beiden ersten Plätzen landen zwei Bildungs-Dauerbrenner (Grafik):

Die besten Ergebnisse im Bildungsmonitor 2019 haben Sachsen und Bayern erzielt.

Sachsen steht seit 2006 auf Platz eins, Bayern ist seit Beginn in der Spitzengruppe und verbessert sich nun von Platz drei auf Platz zwei. Mit etwas Abstand folgen Thüringen, das

Bildungsmonitor 2019: Das Ranking

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt, bekommt 0 Punkte zugewiesen und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

Saarland, das sich von allen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr am stärksten verbessert hat, sowie Hamburg und Baden-Württemberg, Bremen, Brandenburg und Berlin schneiden im Bildungsmonitor 2019 am schlechtesten ab.

Und das zeichnet die Bildungssysteme der drei bestplatzierten Bundesländer aus:

Sachsen erreicht in Sachen Förderinfrastruktur, Schulqualität und Bekämpfung von Bildungsarmut die besten Werte: Rund 87 Prozent der sächsischen Grundschüler besuchten 2017 eine Ganztagschule, 11 Prozent des Kita-Personals in Sachsen haben einen Hochschulabschluss, sächsische Viertklässler können sehr gut lesen, Neuntklässler sind in Mathematik und Naturwissenschaften bundesweit die Fittesten und der Anteil der Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres beträgt fast 86 Prozent – im Bundesdurchschnitt sind es 50 Prozent.

Bayern ist stark in der Förderung der beruflichen Bildung, der Vermeidung von Bildungsarmut, der Schulqualität sowie bei den Bildungsausgaben. Insbesondere für Grundschulen, allgemeinbildende Schulen und Vollzeitberufsschulen nimmt Bayern relativ viel Geld in die Hand. Das zahlt sich aus: Im Freistaat gibt es vergleichsweise wenige Schüler, die bestimmte Mindestanforderungen in ihrem Jahrgang nicht erfüllen, und nur 5,5 Prozent der Schulabgänger haben keinen Abschluss – im Bundesschnitt sind es 6,3 Prozent. Einen Spitzenwert erreicht Bayern beim Übergang von der Schule in den Beruf, die Ausbildungsstellenquote lag 2018 mit rund 80 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von knapp 68 Prozent.

In **Thüringen** gibt es bundesweit die besten Betreuungsbedingungen, eine gute Förderinfrastruktur, eine hohe Schulqualität sowie vergleichs-

Wirtschaft: mangelhaft

Neu ist die Erkenntnis nicht, doch sie bleibt erschreckend: Als der Bankenverband im vergangenen Jahr 650 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 24 Jahren zu ihren Wirtschaftskennntnissen befragte, waren viele um die richtige Antwort verlegen. Zwei von zehn Befragten konnten nicht erklären, was eine Aktie ist, fünf von zehn mussten bei der Definition von Rendite passen und sieben von zehn hatten keine Ahnung, was sich hinter dem Begriff Investmentfonds verbirgt. Auch andere Untersuchungen zeigen, dass es um die ökonomischen und finanziellen Kompetenzen der Bevölkerung nicht gut bestellt ist. Insbesondere Frauen, Menschen mit geringerer Schulbildung und Ostdeutsche haben oft große Wissenslücken, wenn es um Wirtschaftsthemen geht. Dieser Mangel hat weitreichende Folgen, wie das Sonderkapitel

„Ökonomische Bildung“ des INSM-Bildungsmonitors 2019 zeigt: Geringe Kenntnisse auf diesem Themengebiet können unter anderem dazu führen, dass zu wenig gespart wird, das Verschuldungsrisiko des Haushalts steigt, keine ausreichende private Altersvorsorge betrieben und zu wenig gegründet wird. All dies wiederum hat Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, beispielsweise auf das Ausmaß der Altersarmut.

Aus diesem Grund plädieren die Autoren des Bildungsmonitors für die verbindliche Einführung eines Schulfachs Wirtschaft. Zwar bieten einige Bundesländer wirtschaftliche Inhalte in diversen Fächerkombinationen an, doch ein eigenständiges Pflichtfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I hat bislang lediglich Baden-Württemberg etabliert. Aktuell wird das Fach dort in den Klassen fünf bis acht unterrichtet, bis zum Schuljahr 2023/24 soll der Wirtschaftsstoff auch die höheren Jahrgänge erreichen.

weise viel Geld für Schulen und Hochschulen. Von den hohen Bildungsausgaben profitieren vor allem die Berufsschulen sowie die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen, wobei auch die Investitionen in die Grund- und Hochschulen höher sind als im Bundesdurchschnitt. Die Klassengrößen sind an fast allen Schulformen kleiner als in anderen Bundesländern und es gehen auch deutlich mehr Kinder und Schüler in eine Ganztagskita oder -schule als anderswo. Mit rund

91 Prozent ist die Absolventenquote an Berufsschulen, Fachoberschulen und Fachschulen in Thüringen sehr hoch, im Schnitt aller Bundesländer liegt die Quote bei 80 Prozent.

IW-Gutachten

Christina Anger, Axel Plünnecke, Ruth Maria Schüler: INSM-Bildungsmonitor 2019 – Ökonomische Bildung und Teilhabechancen

iwkoeln.de/bildungsmonitor2019

Die hausgemachte Misere

Italien. Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise und der folgenden Euro-Schuldenkrise wurde Italien von zwei kurz aufeinanderfolgenden Rezessionen getroffen. Dazu beigetragen hatten erhebliche Zweifel an der Nachhaltigkeit der italienischen Staatsfinanzen. Für eine Kehrtwende müsste das Land kernsaniert werden, doch momentan ist die Regierungskrise das alles beherrschende Thema.

Die Finanzkrise 2009 traf Italien hart: Vom zweiten Quartal 2008 bis zum zweiten Quartal 2009 schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 8 Prozent. Zwar erholte sich das Land anschließend kurzfristig und steigerte seine Wirtschaftsleistung bis zum zweiten Quartal 2011 um rund 4 Prozent – doch bereits bis zum ersten Quartal 2013 kam es zu einem erneuten Rückgang um gut 5 Prozent. Der doppelte wirtschaftliche Einbruch wirkte wie ein K.-o.-Schlag für die italienische Wirtschaft, weil die Substanz vieler kleinerer Unternehmen und zahlreicher Banken empfindlich geschwächt wurde.

Aktuell leidet die italienische Volkswirtschaft zudem unter der Eintrübung der Konjunktur in wichtigen Partnerstaaten. Für das laufende Jahr rechnet die EU-Kommission in ihrer Prognose vom Juli 2019 nur noch mit einer realen Zunahme des italienischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1 Prozent.

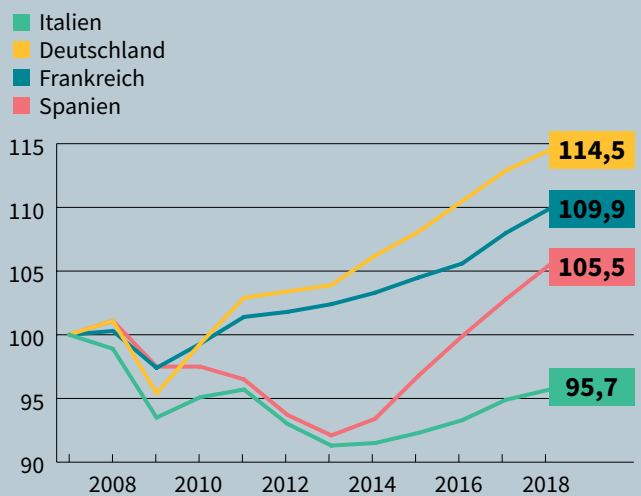
Mit anderen Worten: Italiens Wirtschaft stagniert. Und wenn die Frühjahrsprognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) zutrifft, wird das reale BIP Italiens selbst im Jahr 2024 noch nicht wieder das Niveau von 2007 erreicht haben.

Wie sehr Italien in der EU hinterherhinkt, zeigt ein Vergleich mit den anderen großen Volkswirtschaften (Grafik):

Deutschland und Frankreich konnten bereits 2011 wieder das Vorkrisenniveau überschreiten. Und sogar Spanien, das von der Krise schwer gebeutelt wurde und dessen Bankensektor vom Europäischen Stabilitätsmechanismus mit mehr als 40 Milliarden Euro unterstützt wurde, hat sich wirtschaftlich deutlich besser entwickelt.

Italien kriegt die Kurve nicht

Reales Bruttoinlandsprodukt ausgewählter EU-Staaten, 2007 = 100



Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Das italienische Wirtschaftswachstum war zudem zu schwach, um die Belastung durch die Zinszahlungen aufzuwiegen, die der Staat für seine Schulden aufbringen muss – und das, obwohl auch Italien vom gesunkenen Zinsniveau profitierte: Musste das Land im Jahr 1995 noch 11 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Zinsen aufwenden, waren es 1999 nur noch 6,4 Prozent und 2018 lediglich 3,7 Prozent. Unterm Strich hat die Wachstumsmisere also die Verschuldung Italiens in den vergangenen Jahren weiter steigen lassen (Grafik Seite 9):

2007 machte die italienische Staatsverschuldung knapp 100 Prozent des BIP aus, 2018 betrug die Schuldenquote bereits mehr als 132 Prozent.

Damit überschreitet Italiens Schuldenstand die im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) vereinbarte 60-Prozent-Grenze deutlich – nur Griechenland stand Ende 2018 mit rund 181 Prozent seiner Wirtschaftsleistung noch höher in der Kreide.

Die ausufernde Staatsverschuldung in Italien hat wiederholt zu Streit mit der EU-Kommission geführt. Sie hat im Oktober 2018 einen besonders schwerwiegenden Verstoß gegen den SWP festgestellt und den von Italien vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 2019 zurückgewiesen – ein Novum in der Geschichte des Pakts.

Da Italien in seinem erneuerten Entwurf die Defizitziele unverändert ließ, empfahl die Kommission die Einleitung eines Defizitverfahrens. Dazu kam es nicht, weil die Regierung in Rom im Dezember das Defizitziel für 2019 von 2,4 auf 2,04 Prozent des BIP senkte.

Nachdem sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Italiens im bisherigen Verlauf des Jahres 2019 abgeschwächt und sich auch die fiskalische Situation verschlechtert hat, nahm die Kommission im Juni einen neuen Anlauf zur Einleitung eines Defizitverfahrens – doch auch dieses Mal blieb es bei einer Drohung, da die italienische Regierung erneut einige Sparmaßnahmen ankündigte.

Mit dem nächsten Streit ist fest zu rechnen, wenn Italien im Oktober seinen Etatentwurf für 2020 in Brüssel vorlegen muss.

Um die hohe Schuldenquote zu senken, müsste Italien mehr Wachstum generieren. Empfehlungen dazu kommen von der EU-Kommission, dem IWF und der OECD:

- Aufgrund der ungünstigen demografischen Entwicklung müsste beispielsweise das **Arbeitskräfteangebot** vergrößert werden. Dazu muss die Regierung in Rom die jüngst eingeführte Frühverrentung zurücknehmen.
- Ferner bedarf es einer stärkeren **Erwerbsbeteiligung** der Frauen sowie einer besseren Arbeitsvermittlung.
- Auch gilt es, die **Bildungsanstrengungen** zu erhöhen. So ließen sich jene Jugendlichen in den Arbeitsmarkt integrieren, die derzeit weder in Ausbildung noch in Beschäftigung sind.
- Die **Tarifverhandlungen** sollten stärker dezentralisiert werden, um die Lohnentwicklung mit der Produktivitätsentwicklung auf regionaler und Unternehmensebene in Einklang zu bringen. Auch dies würde die Arbeitslosigkeit verringern.

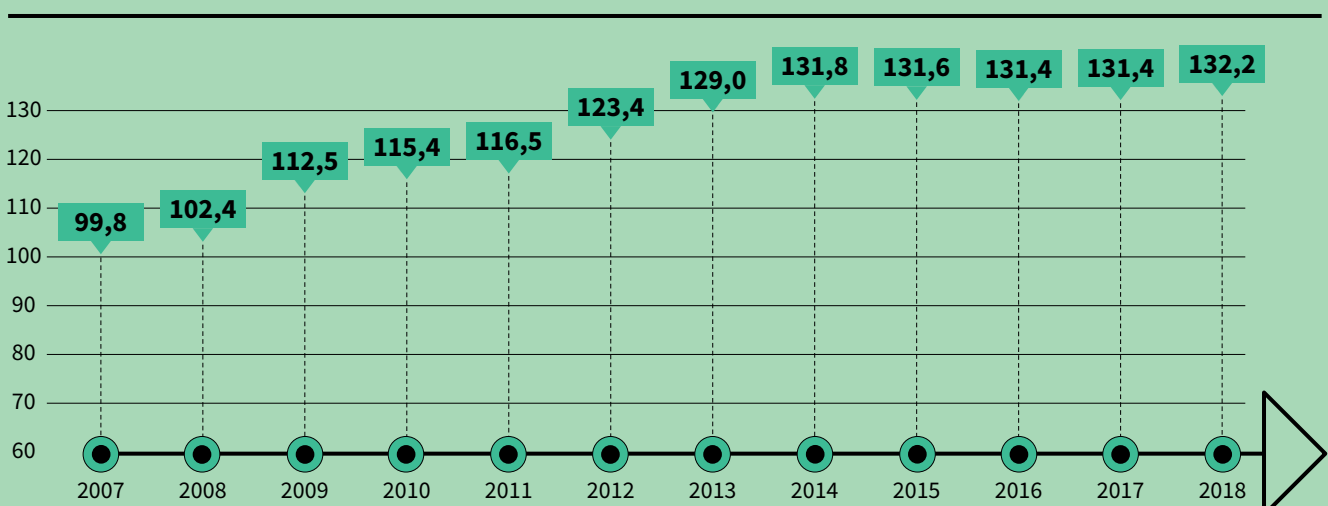
Auf der langen Agenda Italiens stehen zudem Strukturreformen auf Dienstleistungsmärkten – zum Beispiel im Einzelhandel –, mehr Wettbewerb bei kommunalen Dienstleistungen sowie eine Verkürzung der Prozessdauer von Zivil- und Insolvenzverfahren.

IW-Analysen Nr. 131

Berthold Busch: Die italienische Misere – Ökonomische Strukturprobleme und wirtschaftspolitische Herausforderungen
iwkoeln.de/italien

Italien: Der Schuldenberg wächst

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: AMECO-Datenbank, Eurostat
© 2019 IW Medien / iwd

In die Zukunft investieren

Sachsen. Am 1. September wählen die Bürger des Freistaats einen neuen Landtag. Wenn es nach den sächsischen Unternehmen geht, muss die künftige Regierung in Dresden die Rahmenbedingungen weiter verbessern, damit die Wirtschaft der Region auf Wachstumskurs bleiben kann.

Ein selbstrührender Kochtopf, in dem nichts mehr anbrennen kann, ein Biodünger aus Klee oder Fahrradspeichen aus Textilfasern – dies sind nur drei von elf pfiffigen Innovationen sächsischer Erfinder, über die die „Sächsische Zeitung“ vor Kurzem berichtete. Der Forschergeist zeigt sich aber auch in harten Fakten: Im Jahr 2017 kamen rund 38 Prozent aller Patentanmeldungen der ostdeutschen Flächenländer aus Sachsen.

Viele Ideen stammen aus den Industriebranchen, die in Sachsen stark vertreten sind – vom Maschi-

nenbau bis hin zur Mikroelektronik, deren Dresdener Standort unter dem Namen „Silicon Saxony“ bekannt ist.

Der Branchenmix dürfte auch das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre maßgeblich mitgetragen haben (Grafik):

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Sachsens stieg zwischen 2010 und 2018 real um 15,8 Prozent – und damit stärker als die deutsche Wirtschaftsleistung insgesamt.

Das Wachstumstempo war jedoch nicht hoch genug, um das BIP je Einwohner auf das bundesweite Durchschnittsniveau zu heben. Und

auch die Produktivität – gemessen am BIP je Erwerbstätigen – lag 2018 in Sachsen mit knapp 61.000 Euro noch rund 20 Prozent unter dem Schnitt. Hinzu kommt:

Die gute Konjunktur in Sachsen hat von 2010 bis 2018 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar um knapp 13 Prozent steigen lassen – deutschlandweit gab es aber ein Plus von 17,5 Prozent.

Hier macht sich allerdings auch die demografische Entwicklung bemerkbar.

Um die wirtschaftliche Dynamik zu steigern, fordert die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft von der Landesregierung, die öffentlichen Forschungsinstitutionen stärker mit dem regionalen Mittelstand zusammenzubringen. Zudem müssten die weißen Flecken auf der Breitband-Landkarte beseitigt werden.

Und auch das Verkehrsnetz entspricht nicht den Vorstellungen der Unternehmen – der Region Südwestsachsen fehlt nach wie vor ein Anschluss an den Schienenfernverkehr und das vor Jahren benannte Ziel der Politik, aus allen Regionen Sachsens müsse in 30 Minuten Fahrzeit eine Autobahn erreichbar sein, ist noch immer nicht umgesetzt. Eine neue Ost-West-Verbindung aus der Lausitz nach Mitteldeutschland wäre diesbezüglich sinnvoll und könnte außerdem den Kohleausstieg kompensieren helfen.

Sachsen in Zahlen

WAHL 2019	Sachsen	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2018 in Euro	31.008	40.851
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2018 gegenüber 2010 in Prozent	15,8	15,3
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2018 gegenüber 2010 in Prozent	12,8	17,5
Arbeitslosenquote 2018 in Prozent	6,0	5,2
Breitbandversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde Ende 2018 in Prozent	78,1	87,8

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Auf dem Sprung

Brandenburg. Wenn die gut zwei Millionen Wahlberechtigten am 1. September den neuen brandenburgischen Landtag wählen, droht den Volksparteien ein herber Absturz – auch wenn das Land ökonomisch gut dasteht.

Das Land Brandenburg ist auf dem Sprung – wohin genau, ist ungewiss. Prognosen zufolge dürfte das Bündnis aus SPD und Linken erstmals seit zehn Jahren die Mehrheit verlieren. Und ebenfalls zum ersten Mal könnte die AfD bei einer Landtagswahl stärkste Partei werden.

Warum die Volksparteien seit Jahren immer mehr an Zustimmung einbüßen, ist aus ökonomischer Sicht kaum zu erklären – Brandenburg geht es wirtschaftlich so gut wie noch nie seit der Wiedervereinigung:

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

erreichte 2018 mit fast 850.000 einen neuen Rekord. Auch die Erwerbstätigkeit insgesamt steigt seit Jahren.

Die Arbeitslosenquote war im vergangenen Jahr mit 6,3 Prozent so niedrig wie nie seit der Wiedervereinigung. Verglichen mit dem Höchststand von 18,8 Prozent im Jahr 2003 ist sie um zwei Drittel gesunken.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner betrug 2018 rund 29.400 Euro (Grafik) und hat sich damit seit 1991 fast vervierfacht.

Wahr ist aber auch, dass Brandenburg mit diesem Pro-Kopf-BIP nur gut 70 Prozent des Bundesdurchschnitts erreicht und auf Platz 14 der 16 Bundesländer steht.

Das nährt – fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – offenbar den Unmut der Enttäuschten und Unzufriedenen, hinzu kommt die Debatte,

den Kohleausstieg weiter vorzuziehen, was Tausende von Arbeitsplätzen in der Lausitz kosten könnte.

Tatsächlich müssen sich die Brandenburger aber keine großen Sorgen um ihre Jobs machen. Zwar zeigen die aktuellen Konjunkturindikatoren, dass das Wachstum – wie überall in Deutschland – einen Dämpfer erhalten wird. In der letzten Herbstumfrage der IHK Potsdam gaben jedoch 28 Prozent der Unternehmen an, neues Personal einzustellen, weitere 65 Prozent wollen ihre Belegschaften unverändert lassen. Auch die Investitionsneigung

ist nach wie vor hoch: Fast 80 Prozent der Firmen wollen in neue Maschinen und Anlagen investieren.

Mit etwas Glück könnte in Brandenburg sogar Deutschlands neue Innovationshauptstadt liegen: Denn die Bundesregierung sucht einen Standort für die neu zu gründende Agentur für Sprunginnovationen. Dieses Milliardenprojekt soll dafür sorgen, dass aus innovativen Ideen mehr erfolgreiche Produkte für den Massenmarkt entstehen – und der amtierende Ministerpräsident Dietmar Woidke hofft, dass Potsdam den Zuschlag erhält.

Brandenburg in Zahlen

WAHL 2019	Brandenburg	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2018 in Euro	29.411	40.851
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2018 gegenüber 2010 in Prozent	14,5	15,3
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2018 gegenüber 2010 in Prozent	11,4	17,5
Arbeitslosenquote 2018 in Prozent	6,3	5,2
Breitbandversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde Ende 2018 in Prozent	82,5	87,8

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



Top-Liste: Sport-Shops

Obwohl mittlerweile selbst Vorstandsvorsitzende ihre Meetings und Pressekonferenzen in Joggingschuhen absolvieren, ist der Sportartikel-Einzelhandel gewaltig unter Druck: SportScheck, Teil der Otto-Gruppe, schreibt seit Jahren Verluste; für Sport Voswinkel wurde Ende Juli das Insolvenzverfahren eröffnet, binnen drei Monaten müssen von bundesweit 72 Filialen 21 dichtmachen. Dagegen kann sich der französische Sportartikel-Discounter Decathlon gegen die Online-Konkurrenz und die wachsende Zahl von reinen Ein-Marken-Shops, die Hersteller wie Adidas und Nike eröffnen, gut behaupten. Der „Aldi des Sports“ verkauft überwiegend Eigenmarken und betreibt mittlerweile 72 Filialen in Deutschland.

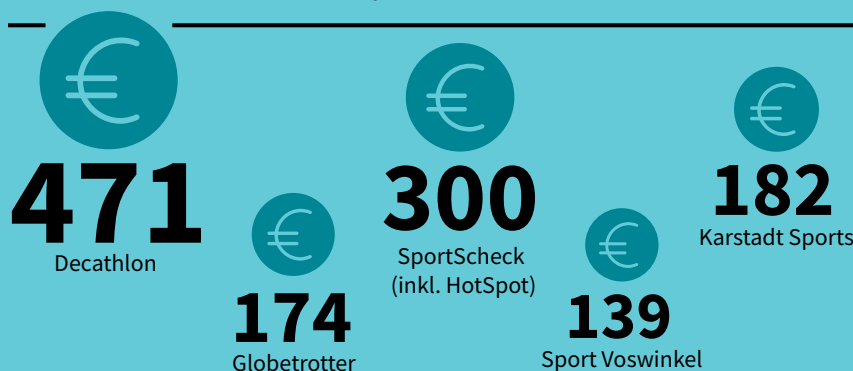
Zahl der Woche

727.000

Schüler und Studenten bezogen im Jahr 2018 Bafög, das waren 55.000 weniger als 2017. Schüler erhielten durchschnittlich 454 Euro im Monat, Studenten kamen auf 493 Euro. Die Zahl der Geförderten sinkt bereits seit Jahren. Zum Wintersemester 2019/20 werden deshalb die Elternfreibeträge erhöht, auch die Bafög-Sätze steigen. Bis zum Herbst 2021 sollen so laut Deutschem Studentenwerk rund 100.000 Schüler und Studenten zusätzlich gefördert werden.

Einzelhandel: Die Sportartikel-Riesen

So viele Millionen Euro setzten die fünf größten Sportartikel-Einzelhändler Deutschlands im Jahr 2018 schätzungsweise um

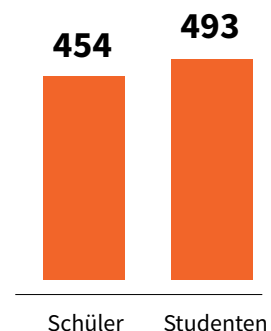


Umsatz: inklusive Online- und Versandhandel; Karstadt Sports: ohne Umsatz der Sportabteilungen der Karstadt-Warenhäuser

Quelle: EHI Retail Institute
 © 2019 IW Medien / iwd



Bafög in Euro pro Monat



Neu auf iwd.de: Wirtschaftskriminalität

Jedes Jahr gehen den Unternehmen in Deutschland nach eigenen Schätzungen rund 18 Prozent ihres Umsatzes durch Bestechung, illegale Beschäftigung und Preisabsprachen verloren. Allein der durch Korruption verursachte Umsatzverlust beläuft sich auf rund 400 Milliarden Euro. Wie hoch die Schäden in den anderen Bereichen der Wirtschaftskriminalität sind, lesen Sie auf iwd.de.

Neu

